

Programm für die Kreistagswahl am 12. September 2021



Am 11.09.2016 wurde die AfD Diepholz in Fraktionsstärke auf Anhieb in den Diepholzer Kreistag gewählt. Diese Fraktion hat in den zurückliegenden 5 Jahren für Sie als Bürger erfolgreich gewirkt. Mit unserer neuen Kandidatenmannschaft knüpfen wir an diese erfolgreiche Arbeit an. Unsere kommunale Arbeit im Kreistag hat die Notwendigkeit einer kommunalen AfD aufgezeigt. Das heißt eine AfD im Diepholzer Keistag ist notwendiger denn je.

Die AfD steht für eine ideologiefreie, freiheitliche und sachorientierte Kommunalpolitik

Unter dem Motto „Einfach. Frei. Leben.“ bietet die AfD weiterhin auch für den Kreistag Diepholz eine frische, bürgernahe und zukunftsorientierte Alternative.

Unsere Kandidaten für den Kreistag sind Menschen aus der Mitte der Gesellschaft. Wir engagieren uns,

- weil wir mit der Politik der Altparteien nicht mehr zufrieden sind
- weil wir uns Sorgen um die Zukunft unseres Landes machen
- weil wir Verantwortung für unsere Kinder und Enkelkinder übernehmen
- weil wir unsere Heimat hier im Kreis Diepholz lieben.

Die Zukunft unseres Landkreises sichern!

Unser Land sowie unser Kreis stehen vor dramatischen Veränderungen. Unter der Bezeichnung „demographischer Wandel“ werden Tendenzen der Bevölkerungsentwicklung beschrieben. Eine dauerhaft niedrige Geburtenrate führt zu weniger Kindern und Jugendlichen. Zusammen mit einer höheren Lebenserwartung bedeutet dies, dass der Anteil älterer Menschen an der Bevölkerung steigt. Wenn sich weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter befinden, schaffen diese bei sonst unveränderten Bedingungen weniger Wohlstand. Deshalb stehen dann auch weniger Mittel aus Steuern und Abgaben zur Verfügung. Ein Teufelskreis droht: Während immer weniger Wohlstand erwirtschaftet wird, steigen die Kosten für die medizinische Versorgung sowie die Pflege der älteren Generation. Darüber hinaus werden immer mehr Bürger von Altersarmut bedroht.

Eine weitere Veränderung der Bevölkerung wird von den derzeit regierenden Parteien und der Bundeskanzlerin aktiv herbeigeführt: eine unkontrollierte und massenhafte Zuwanderung.

Anders als diese Politiker behaupten, ist die aktuelle massenhafte Migration keine Lösung für den demographischen Wandel. Migranten, die über Jahre oder gar Jahrzehnte von einer unproduktiven

Betreuungsindustrie umsorgt werden, schaffen weder Wohlstand noch sichere Renten. Dafür fühlen wir Bürger uns bedroht durch neue soziale, kulturelle und religiöse Konflikte und eine spürbar steigende Kriminalität. Auch das Problem organisierter Banden wird immer größer.



Allerdings sind nicht alle diese Veränderungen alternativlos. Die Alternative für Deutschland tritt im Landkreis Diepholz an, um die Zukunft dieses lebens- und liebenswerten Kreises mitzugestalten.

Unser Landkreis muss attraktiv sein für Familien, die Bildungs- und Entwicklungsmöglichkeiten für ihre Kinder wollen.

Dazu gehören ausgewogene Wohngebiete unter Berücksichtigung von Infrastruktur und Kinderbetreuungsmöglichkeiten, Beratung zu Sanierungsmöglichkeiten für Bestandsbauten, funktionierende Einrichtungen und Institutionen wie Schulen, Krankenhäuser, Bibliotheken, Schwimmbäder und Vereine.

Unser Landkreis muss attraktiv sein für Arbeitnehmer und Selbstständige, die etwas vom Ertrag ihrer Arbeit haben wollen, anstatt ihn unfreiwillig in aller Welt verteilen zu lassen. Dazu gehört die Schaffung von Rahmenbedingungen für eine gesunde mittelständische Wirtschaft und niedrige Steuersätze.

Unser Landkreis muss attraktiv sein für alte Menschen, die in Sicherheit vor Raub und Einbruch leben wollen und auf medizinische und pflegerische Versorgung ganz besonders angewiesen sind. Dazu gehören die Schaffung von Netzwerken und die Unterstützung von Initiativen gegenseitiger Hilfe sowie der Ausbau von Einrichtungen der Tagespflege.

Familienförderung und Bildung

Um der negativen demographischen Bevölkerungsentwicklung entgegenzuwirken, sind eine langfristige und nachhaltige Planung sowie die Setzung der richtigen Prioritäten notwendig. Dies kann grundlegend nur durch Stärkung der **traditionellen Familie** und einer **leistungsfördernden Bildung** gelingen.

Den Wohlstand werden wir in Deutschland nur aufrechterhalten können, wenn wir ferner

dem Bildungswesen wieder die Mittel an die Hand geben, die es als unsere bedeutendste Ressource benötigt. Kinder sind unsere Zukunft.

Förderung und Entlastung der Familie

Für die seelisch gesunde Entwicklung von Kindern ist es sinnvoll, wenn sie in den ersten Lebensjahren möglichst **viel Zeit** mit ihrer Familie verbringen können. Aus diesem Grund befürworten wir Angebote zur Unterstützung und Förderung der **häuslichen Kindererziehung**.

Da junge Eltern aus unterschiedlichen Gründen heute vermehrt arbeiten wollen **oder müssen**, soll die Gemeindeverwaltung vom Gesetzgeber alle finanziellen Mittel einfordern, die zur Aufrechterhaltung eines Kinderbetreuungsanspruchs notwendig sind. Eine außerhäusliche Betreuung und Beschulung muss daher gewährleistet werden.

Bildung: Schluss mit Experimenten – keine weitere Absenkung des Leistungsniveaus

Gute schulische Bildung wird in Deutschland systematisch vernachlässigt.

Die Alternative für Deutschland setzt sich für den Erhalt und den Ausbau des bewährten dreigliedrigen deutschen Schulsystems plus Förderschulen ein. Dieses eröffnet unseren Kindern bestmögliche Bildungswege auch wegen seiner **Durchlässigkeit** auf unterschiedlichen Ebenen und berücksichtigt ihre Bedürfnisse am genauesten. Die derzeitige Gleichmacherei führt zu einem Abbau der Anforderungen und damit zu einem deutlichen Qualitätsverlust. Darüber hinaus muss der Wettbewerb unter Schulen zugelassen und gefördert werden.



Wir fordern die Sanierung der Schulen, eine lernförderliche Umgebung und eine Verringerung von Unterrichtsausfallzeiten. **Gute Bildung ist der Grundstock unserer Zukunftsfähigkeit** und darf nicht bloßes Lippenbekenntnis bleiben. Auch muss musischen und sportlichen Fächern eine größere Gewichtung zukommen.

Lehrkräfte werden allein gelassen: zu große Klassen, zu wenig Personal und Überforderung durch Integration von Zugewanderten und der radikalen Inklusion von Behinderten.

Wir als AfD lehnen das linke Modell der Inklusion ab. Zwanghafte Inklusion kann kein genereller Ersatz für sonderpädagogische und auf körperliche sowie geistige Behinderung spezialisierte schulische Einrichtungen und Lehrer sein. Das bewährte System der Förder- und Sonderschulen, in denen die speziellen Bedürfnisse angemessen berücksichtigt werden, gilt es zu bewahren.

Dem Interesse vieler Eltern an einem Ausbau der Ganztagschule ist Rechnung zu tragen. Nach den bisherigen Erfahrungen ist die bisher angebotene Ganztagschule wegen des Mangels an ausreichend qualifiziertem pädagogischen Personal eine Mogelpackung. Die Ganztagschule darf nur eine Gestaltungsmöglichkeit von vielen sein. Ihr Besuch muss auf Freiwilligkeit beruhen.

Die AfD tritt dafür ein, die Leistungsfähigkeit der Schulen zu stärken. Wir benötigen kleinere Klassen und mehr Lehrkräfte. Insbesondere in Grundschulen müssen bessere Anreize für Lehrkräfte in Leitungsfunktionen geschaffen werden.

Stopp der frühkindlichen Sexualisierung in Schulen.

Die AfD lehnt jede Art von Frühsexualisierung unserer Kinder und die Verunsicherung der Kinder in Bezug auf ihre sexuelle Identität durch die Ideologie des „Gender Mainstreaming“ ab. Auch darf kein Schüler zur geschlechtsneutralen Umgestaltung von Schreibweisen gezwungen werden. Die AfD lehnt die Gendersprache in allen Schulen ab.

Gesundheit

Die Krankenhäuser im Landkreis sind zu erhalten – hierfür sind ausreichend Finanzmittel bereitzustellen. Ebenso ist eine wohnortnahe Gesundheitsversorgung mit Ärzten auch und gerade im ländlichen Raum durch entsprechende Anreize sicherzustellen. Dies ist angesichts des demographischen Wandels von besonderer Bedeutung.

Die ärztliche Versorgung hier im Landkreis muss dringend verbessert werden.

Wir unterstützen alle Maßnahmen, um die ärztliche Versorgung speziell im ländlichen Raum auf ein besseres Niveau zu stellen.

So ist der Ärztemangel auf unterlassene Reformen (Überforderung, fehlende Gehaltsanpassungen) in den letzten Jahren zurückzuführen. Die Ärzte benötigen wieder mehr Zeit für ihre Patienten, ein Bürokratie-Abbau ist auch hier ein wichtiger Baustein.

Der Arztberuf muss insgesamt wieder hier im Landkreis Diepholz so attraktiv gestaltet werden, dass keine weitere Abwanderung von hervorragend ausgebildeten Ärzten aus Deutschland erfolgt. Bei der Einstellung von ausländischen Ärzten ist stärker als bisher auf Qualifikation und **Sprachkompetenz** zu achten.

Wir brauchen endlich wieder eine Entbindungsstation oder ein familienfreundliches Geburtshaus im Landkreis Diepholz.

Ein moderner Sozialstaat wie Deutschland hat die Verpflichtung, seinen Menschen die nach humanitären Gesichtspunkten bestmögliche Versorgung im Krankheits- und Pflegefall zu bieten. Investitionsstau und schlechte Bezahlung für die Pflegekräfte sind eines Sozialstaats nicht würdig. Wir müssen unsere Prioritäten wieder neu definieren.

Es muss eine bessere Personalausstattung in Krankenhäusern und Altenheimen geben sowie vernünftige Konzepte für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf (u. a. besseren Freizeitausgleich und flexible Arbeitszeiten).

Pflege – weitergedacht

Pflegekräfte verdienen unserer Ansicht nach noch immer zu wenig. Ihre Fähigkeiten und ihr Engagement werden nicht angemessen gewürdigt und entlohnt. Hier hätte die Politik einen guten Ansatzpunkt, Prioritäten zu definieren – und für die Gesellschaft sinnvolle Reformen anzustoßen. „Wir schaffen das“ wäre an dieser Stelle angebrachter als woanders. Daher setzen wir uns dafür ein, Initiativen einzuleiten, um Veränderungen zu erwirken.

Durch besondere Arbeitszeitmodelle sollte die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gewährleistet sein.

Durch attraktivere Verdienstmöglichkeiten – entsprechend der psychischen und physischen Belastung des Pflegeberufs – sollten Pflegekräfte motiviert werden, den Beruf weiter auszuüben.

Der Kreisverband Diepholz fordert die Einführung eines **Pflegeschlüssels von 8 : 1**; d. h. 8 Patienten/Bewohner werden von 1 examinierten Pflegekraft versorgt, assistiert von Hilfskräften. Dann können Krankenschwestern und Altenpfleger wirklich **das im Beruf umsetzen, was sie gelernt haben**.

Darüber hinaus gibt es auch hier sinnvolle Ansätze, überflüssige bürokratische Verwaltungsaufgaben abzubauen.

Unser Landkreis muss attraktiv sein für alle Altersgruppen – für Alt und Jung!

Erforderlich sind mehr Einrichtungen für eine flexible und bezahlbare Tagespflege. Wir unterstützen Modellprojekte und die Bildung von Netzwerken zur Ermöglichung gegenseitiger Hilfe.

Pflege muss bezahlbar für Familien sein sowie zeitgemäße und moderate Arbeitsbedingungen für die Pflegepersonen bieten.

Aufgrund der politischen Fehler der Vergangenheit und der dramatischen finanziellen Einschnitte durch die Coronakrise setzen wir uns für den Fortbestand der Krankenhausstandorte Bassum, Sulingen und Diepholz ein. Die angestrebten Investitionen zum Zentralkrankenhaus sehen wir skeptisch und als nicht durchführbar an. Uns als AfD ist wichtig, dass die Versorgungssicherheit des Bürgers und die medizinischen Standards in den bewährten Standorten jetzt und auch in Zukunft gewährleistet bleiben.

Asyl- und Ausländerpolitik, Ordnung und Sicherheit



Auch in der Zuwanderungsfrage werden die Weichen – und wieder einmal die falschen – in Brüssel und Berlin gestellt. Die Auswirkungen dieser katastrophalen Entwicklung tragen wir dann hier vor Ort. Die Kommunen müssen die Folgen der „Herrschaft des Unrechts“ (Zitat Seehofer) ausbaden. Dieser Aufgabe des Rechtsstaates müssen wir uns auf allen politischen Ebenen stellen!

Rechtsstaatlichkeit zurückgewinnen – Einwanderung braucht klare Regeln!

Die AfD steht für die Schaffung und Durchsetzung von klaren Regeln für ein gutes und erfolgreiches Miteinander. Nach diesem Grundsatz muss auch die reguläre Einwanderung gesetzlich klar geordnet werden, z. B. in Anlehnung an entsprechende Kriterien wie in Australien oder Kanada. Entscheidend sind Sprachkenntnisse, Ausbildung, berufliche Qualifikation und die Erfordernisse des deutschen Arbeitsmarktes unter der Beachtung der Aufnahmefähigkeit unserer Gesellschaft.

Aus Gründen der Humanität ist es eine Pflicht, Kriegsflüchtlingen bei uns oder an anderen sicheren Aufenthaltsorten mit Unterkünften und dem notwendigen Lebensunterhalt beizustehen. Dies sollte nach Möglichkeit heimatnah geschehen, da die verfügbaren Mittel dort ein Vielfaches bewirken und die betroffenen Menschen nach Wegfall der Fluchtursachen leichter in ihre Heimat zurückkehren können.

Politisch Verfolgten im Sinne des Grundgesetzes ist individuell Asyl zu gewähren, **sofern sie unsere Rechtsordnung zu achten bereit sind**. Integration ist eine Bringpflicht für jeden Aufgenommenen. Die Entscheidungsdauer über einen Asylantrag ist auch im Sinne der Bewerber deutlich zu verkürzen. Als Gäste des Landes sollen Asylanten selbstverständlich würdig behandelt und respektiert werden, wozu auch das Recht gehört, ihr Auskommen selbst erarbeiten zu dürfen und am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu können.

Irreguläre Migranten, die, anders als Flüchtlinge, nicht verfolgt werden, können jedoch **keinen** Flüchtlingsschutz beanspruchen.

Ausreisepflichtige Asylbewerber und straffällig gewordene ausländische EU-Bürger müssen sofort und unverzüglich zur freiwilligen Ausreise veranlasst oder abgeschoben werden. Bestandskräftige Abschiebebescheide müssen sofort vollzogen werden. Die Wiedereinreise ausgewiesener Ausländer ist durch geeignete Maßnahmen, wie etwa die Erhebung biometrischer Daten, zu unterbinden.

Keine unkontrollierte Einwanderung in unsere Sozialsysteme

Sozialleistungen für Zuwanderer sind ohne jede Einflussnahme der EU ausschließlich nach deutscher Gesetzgebung zu gewähren. Leistungen wie ALG II (Arbeitslosengeld), Kinder- und Wohngeld sollen nur solche Zuwanderer erhalten, die in nennenswertem Umfang Steuern bzw. Sozialversicherungsbeiträge in Deutschland gezahlt haben oder deren Eltern das getan haben. Einer gezielten Zuwanderung in die deutschen Sozialsysteme – auch aus Ländern der EU – stellt sich die AfD mit Nachdruck entgegen.

Leistungslose Einkommen dürfen für Arbeitskräfte aus EU-Ländern weder Anreize zu verstärkter Zuwanderung setzen noch die Suche nach bezahlter Arbeit unattraktiv machen oder den Ansporn zur Integration untergraben. Die Niederlassungsfreiheit darf nicht durch Scheinselbstständigkeiten dazu missbraucht werden, Anrechte auf Sozialleistungen zu erlangen.

Die AfD lehnt den Familiennachzug für Wirtschaftsflüchtlinge ab und fordert, den Familiennachzug für anerkannte Asylbewerber einzuschränken, so dass der Fehlanreiz zu einem direkten und dauer-

haften Nachzug in das soziale Netz ausbleibt. Sozialleistungen wie das Kindergeld sind demgemäß **nur** für die in Deutschland lebenden Kinder der Einwanderer zu vergeben.



Integrationsmaßnahmen nur für Zuwanderer mit Bleibereichtsperspektive und Integrationswillen

Integration steht zuvorderst in der Bringschuld des Eingewanderten, denn er sollte ein Eigeninteresse mitbringen, in und mit der Aufnahmegesellschaft einvernehmlich zu leben. Dazu sind die Kenntnisse kultureller Grundwerte und der Sprache unerlässlich. Sie bilden die Grundlage ebenso für ein gedeihliches Miteinander wie auch für Wohlstand in unserer Bildungsgesellschaft.

Voraussetzung für das Gelingen solcher Maßnahmen ist das klar erkennbare, aktive Bestreben des zu Integrierenden. Wer sich hingegen der Integration verweigert und sich so letztlich einem verständigen und daher friedvollen Zusammenleben verschließt, muss sanktioniert werden und als Konsequenz auch sein Aufenthaltsrecht verlieren.

Schwebende Asylverfahren führen in den meisten Fällen zu ablehnenden Bescheiden und können daher nicht sinnvoll pauschal mit Integrationsmaßnahmen begleitet werden.

Stärkung der Polizeikräfte im Landkreis Diepholz

Mit dem Anwachsen der Anzahl an Flüchtlingen und Wirtschaftsmigranten stieg auch die Kriminalität in Landkreis Diepholz deutlich wahrnehmbar an. Inzwischen sind Diebstähle, Einbrüche, gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr und Gewaltverbrechen an der Tagesordnung in einem bislang nicht dagewesenen Ausmaß. Zudem breitet sich die Clankriminalität rasant bei uns aus.

Die Einwohner im Kreis Diepholz haben einen Anspruch auf angemessenen Schutz vor jeder Art von Kriminalität, sowohl im privaten wie auch im öffentlichen Bereich. Rechtsfreie Räume sind nicht hinnehmbar und schnellstmöglich zu schließen.

Deshalb ist seitens des Landkreises dem weiteren Abbau von Polizeirevieren, Revierstationen und Polizeiposten entgegen zu treten. Dieser geht zu Lasten der Sicherheit der Bevölkerung und der Beschäftigten der Polizei. Eine erfolgreiche Kriminalitätsbekämpfung setzt eine angemessene Ausstattung der Polizei mit Personal, Ausbildungsmöglichkeiten und modernsten Mitteln voraus. Hierfür hat sich der Kreis gegenüber dem Land einzusetzen. Polizisten müssen für ihren wichtigen Auftrag die nötige Rückendeckung der Politik und den Respekt erhalten, den sie tagtäglich verdienen.

Mehr Wahrheit und Transparenz in der Kriminalitäts-Statistik

Zur wirksamen Bekämpfung von Verbrechen reicht es oft nicht aus, lediglich die Taten und Opfer zu benennen, sondern es müssen auch Erkenntnisse zum Täterprofil gewonnen und verwendet werden. Die gängige Praxis, die Herkunft fremder Täter in Kriminalberichten zu verschweigen oder zu verschleiern, führt zu einer Profilunschärfe, die Ermittlungsarbeiten erschwert und Aufklärungserfolge verhindern kann. Darüber hinaus kann weiteren Taten nicht effizient vorgebeugt werden, und die Bevölkerung wird einer allgemeinen Verunsicherung ausgesetzt.

Wir verlangen daher die Heranziehung aller relevanten, die Persönlichkeitsrechte wahren Informationen zur Kriminalitätsbekämpfung - ohne falsche Rücksichtnahme. Sie müssen eine Grundlage bilden, um Kräfte gezielt und bereichsübergreifend einzusetzen.

Die heimische Landwirtschaft stärken

Insbesondere der Landwirtschaft möchten wir wieder sichere Voraussetzungen zum selbstbestimmten Wirtschaften ermöglichen.



Unsere gut ausgebildeten Landwirte müssen wieder in die Lage versetzt werden, von ihrem Einkommen den sozialen Standard ihrer Familie zu sichern und Investitionen für den Weiterbestand ihres Hofes zu tätigen, denn sie müssen ihren Arbeitsplatz selbst finanzieren und für die nächste Generation bewahren. Die AfD wird die Rahmenbedingungen für eine umweltgerecht produzierende mittelständische Landwirtschaft verbessern.

Landwirte sind von der Politik in Stich gelassen worden!

Die AfD tritt dafür ein, dass landwirtschaftliche Flächen der Nahrungsmittelproduktion dienen und nicht zunehmend für andere Zwecke herangezogen werden. So lehnen wir jegliche Form der Bodenspekulation durch international tätige Konzerne ab. Gleichmaßen wenden wir uns gegen die künstliche Ausweitung des Anbaus von Biomasse zur Energiegewinnung. Die AfD ist davon überzeugt, dass moderne bäuerliche Betriebe mit Verwurzelung in den Regionen am besten geeignet sind, umwelt- und marktgerecht Lebensmittel zu produzieren.

Gängelungen beseitigen, Qualität sichern

Die EU-Subventionen nach dem Gießkannenprinzip sowie bürokratische Überreglementierungen führen zu ruinösen Marktverzerrungen, die kleinere und mittlere Betriebe in besonderem Maß benachteiligen. Sie sind zurückzufahren zugunsten einer nach oben begrenzten Förderung, die die Betriebsgröße und die Aufgaben der Natur- und Landschaftspflege berücksichtigt. In erster Linie brauchen unsere Landwirte wieder mehr Entscheidungsfreiheit.

Erstrebenswert ist eine nachhaltige Erzeugung von gesunden, hochwertigen und rückstandsfreien Nahrungsmitteln sowie marktgerechte Preise von landwirtschaftlichen Produkten. Daher müssen beim Abschluss internationaler Handelsverträge Kostennachteile hiesiger Produzenten durch Umwelt- und Tierschutzaufgaben mehr ins Gewicht fallen. Auch fordern wir eine detaillierte Lebensmittelinformation und Herkunftsbezeichnung. Die durch EU-Richtlinien eingeschränkte Informationspflicht der Hersteller ist hingegen eine Irreführung der Verbraucher.

Familienbetriebe stärken

Wir unterstützen die Vermarktung regionaler, verbrauchernaher Produkte. Hierzu sehen wir die Bildung von Erzeugergenossenschaften als besonders geeignet an. Diese stellen zudem ein notwendiges Gegengewicht zu den Vertretern der Nahrungsmittelindustrie und der Einzelhandelskonzerne dar. Der faire Wettbewerb muss auch für deutsche Landwirte und mittelständische Veredelungsbetriebe gelten. Der Beruf des Landwirts muss wieder attraktiver werden.

Jagd und Forstwirtschaft

Zur Abdeckung verschiedener Interessenlagen und zur Erhaltung eines artenreichen gesunden Wildbestandes in unserem Landkreis arbeiten die Vertreter der Land- und Forstwirtschaft, des Naturschutzes und der Jägerschaft zusammen. Bestrebungen von Rot-Grün, den Begriff Hege und Pflege durch den Begriff „Wildtiermanagement“ zu ersetzen, um damit einen wohlklingenden, aber wenig aussagenden Titel eines „Managers“ zu installieren, lehnen wir ab.

Die AfD bekennt sich zu den bewährten Grundsätzen der waidgerechten Hege und Jagd.

Es ist zu befürchten, dass die bisher eigenverantwortliche Jagdausübung nach bestem Wissen und Gewissen ersetzt werden soll durch ein Konglomerat an Vorschriften, wonach der eigenverantwortlich handelnde Jäger letztlich nur Befehlsempfänger ist und wo Brauchtum



und Kultur unter dem Deckmantel des „Naturschutzes“ zurückgedrängt wird. Wir setzen auf die altbewährten Pflichten des Jägers, der Wald und Tiere hegt und pflegt. Zum Schutz der Tiere, zum Schutz der Umwelt und zum Schutz der Bevölkerung. Wir begrüßen, dass auch Jugendliche eine Ausbildung zum Jungjäger absolvieren können und auf diese Weise Verantwortung übernehmen.

Die AfD setzt sich dafür ein, dass der Wolf ins Jagdrecht aufgenommen wird. Da, wo Leib und Leben von Mensch, Tier oder Vieh gefährdet sind, ist der Wolf zu bejagen.

Wirtschaft

Gewerbeflächen mit guter Infrastruktur müssen bereitgestellt und ausgewiesen werden, um erweiterungs- und ansiedlungswilligen Firmen Möglichkeiten zur Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen zu geben. Die rasche Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen in neu entwickelten Gewerbeparks erleichtert die Ansiedlung neuer Unternehmen aus Mittelstand und Handwerk.

Unser Landkreis muss attraktiv sein für Arbeitnehmer und Selbständige.

Unternehmen, vor allem die kleinen und mittleren Unternehmen, müssen vor unnötiger Bürokratie geschützt werden. Steuern und Abgaben dürfen nicht weiter erhöht werden, um wirtschaftliche Kraft nicht noch weiter zu schwächen. Der Kreis soll sich in Resolutionen gegen die Erhöhung von Bundes- und Landes-Steuern (z.B. Erbschaftssteuer für Betriebsvermögen) aussprechen.

Finanzen

Die Alternative für Deutschland lehnt die Einführung neuer Steuern und eine Erhöhung kommunal erhobener Steuern, Abgaben und Gebühren zu Lasten der Bürger ab.

Wir halten die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte für wesentlich. Diese kann nur durch den verantwortungsvollen und maßvollen Umgang mit den Finanzmitteln erreicht werden.

Durch die fatale politische Weichenstellung in den letzten Jahren (Klimahysterie, Flüchtlingskrise und Corona) hat sich die wirtschaftliche Situation dramatisch verschlechtert. Die AfD fordert einen Rückweg zu einer ideologiefreien und vernunftorientierten Wirtschaftspolitik in Land, Bund und den Kommunen.

Solide Finanzen für künftige Generationen.

Die AfD besteht auf der Einhaltung des Konnexitätsprinzips („wer bestellt, bezahlt“) und fordert, dass die Aufgabenübertragung von Bund und Land an die Kommunen finanziell voll ausgeglichen werden muss.

Keine Erhöhung kommunaler Steuern und Abgaben. Keine Pferdesteuer.

Freiwillige Leistungen der Gemeinden müssen in Umfang und Höhe nach der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Gemeindehaushaltes bemessen werden. Jede kommunale Aufwendung ist auf ihren Nutzen für die Bürger zu überprüfen.

Die Einführung einer Pferdesteuer lehnen wir ab.

Energie und Naturschutz

Energie ist die Basis unserer gesamten Wirtschaft. Ob Landwirtschaft, Industrie, Verkehr oder Dienstleistungen: ohne Energie geht nichts. Naturschutz ist Heimatschutz.



Energieeinsparverordnung und Erneuerbare-Energien-Wärme-Gesetz überarbeiten

Einseitige Subventionen sind Elemente einer sozialistischen Planwirtschaft. Sie beeinträchtigen den Wettbewerb und verfälschen das Preisgefüge. Das Gesetz über Erneuerbare Energien (EEG) vernichtet einen Teil des Volksvermögens, indem es unwirtschaftliche und aus ideologischer Verblendung heraus geplante Projekte finanziert, Bodenspekulationen befördert und die Strompreise in die Höhe treibt. Die Erforschung alternativer Energiequellen und deren nachhaltiger Nutzbarkeit unterstützt die AfD ausdrücklich. Bis zur Entwicklung geeigneter Speichermedien ist der überzogene flächendeckende Bau von erneuerbaren Energieanlagen nicht wirtschaftlich, da deren Stromerzeugung nicht kontinuierlich erfolgt. Auch ist er nicht gesellschaftlich ausgewogen, da nur einige Bessergestellte von der Subventionierung profitieren, alle anderen bezahlen das über den durch Seilschaften und Lobbyismus in die Höhe getriebenen Strompreis.

Wir wollen Naturschutz ohne Ideologie.

Der Schutz von Natur und Landschaft ist eine wichtige Aufgabe auf kommunaler Ebene. Diese muss ohne Ideologie und ohne einseitige Interessenswahrnehmung erfolgen. Konkret setzen wir uns z. B. für ein Anpflanzungsprogramm von Alleen und Hecken an unseren Kreisstraßen ein.

Die AfD fordert keine neuen „Landfresser“ im Landkreis Diepholz

Windräder führen zu einer nachhaltigen Zerstörung der Artenvielfalt sowie zu einer großflächigen Zerstörung von Naturflächen. Eine Windkraftanlage benötigt eine Grundfläche von mind. 5000 m². Sie sorgt für einen Wegfall von Stilllegungsflächen in der Landwirtschaft, was sich unmittelbar auf den Bestand von Brutvögeln auswirkt. Der unaufhaltsame „Landfraß“ und Subventionsirrsinn führt zu immer weiter steigenden Kosten für den Endverbraucher. Hauseigentümer erleiden einen Wertverlust durch die „Verspargelung“ der Landschaft, Lärm und Schattenwurf durch Windkraftanlagen.

Verkehr

Der Investitionsstau bei unseren Verkehrswegen ist bedenklich. Ausbesserungsarbeiten immer weiter hinauszuschieben ist verantwortungslos und belastet die Wirtschaft.

Rechtzeitige Sanierung unserer kommunalen Straßen und Brücken

Beim Straßenbau innerhalb der Gemeinden muss stärker auf die Bedürfnisse der Nutzer eingegangen werden. Es ist nicht nur ein Ärgernis, sondern schadet auch Landwirtschaft und Gewerbe, wenn bei Verkehrswegen vermeidbare Engstellen geschaffen werden, um zwangsläufig anfallende Investitionen auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Dass die notwendigen Mittel unter anderem unserer Infrastruktur vorenthalten und stattdessen sogenannten „Euro- und Bankenrettungen“ zugewiesen werden, ist untragbar.

Die politische Vernachlässigung unserer Verkehrswege

Wir lehnen die Anwohnerbeteiligung für Verkehrsmaßnahmen ab.

Kultur und Identität



Unsere deutsche Identität ist über viele Jahrhunderte gewachsen, und es ist gut, wenn wir uns als Patrioten verstehen. Wir bekennen uns zu Heimat, Vaterland und deutscher Kultur.

Wir sagen „Ja“ zu einem gesunden Patriotismus, wie er weltweit in allen Ländern ganz selbstverständlich ist. Wir bekennen uns zur deutschen Nation und zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Pflege und Erhalt des Brauchtums

Heimatverbundenheit und Weltoffenheit sind keine Gegensätze. Erst durch das Bewusstsein für unsere Geschichte und unsere Werte, erst aus der Liebe zu unseren Familien und zu unserer Heimat erwächst die Fähigkeit, gleichermaßen im Guten mit unseren Nachbarn zusammen zu leben und sich miteinander kulturell auszutauschen.

In diesem Sinne sind uns Pflege und Erhalt des Brauchtums unserer Heimat in seiner Vielfältigkeit eine Herzensangelegenheit – sowohl auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene. Wir sagen ausdrücklich „Ja“ zu unserem Vereinswesen von den Sport-, Musik-, Schützen-, Kultur- und Heimatvereinen bis hin zu einzelnen Initiativen, die beispielweise die Kenntnis von heimatlichen Gebräuchen und Mundarten sowie Geschichte zum Ziel haben.

Die Arbeit der Freiwilligen Feuerwehren unterstützen wir mit ganzer Kraft.

Die AfD setzt sich auch für die weitere Unterstützung der Museen unseres Heimatkreises ein.

Für eine lebendige, freiheitliche und bürgernahe Demokratie

Die AfD wendet sich gegen staatliche Bevormundung und Interessenpolitik. Aus diesem Grund sehen wir die aktive Bürgerbeteiligung als unverzichtbar für eine funktionierende Demokratie an. Die Stimme des Bürgers muss dauerhaftes Gewicht erhalten.

Bürgerbeteiligung erleichtern, Mitbestimmung stärken

In Niedersachsen gilt es, die Gesetzgebung zur Bürgerbeteiligung anzupassen. Es müssen die gesetzlich vorhandenen hohen Hürden für Bürgerbegehren und Bürgerentscheide herabgesetzt und vereinfacht werden. In Entscheidungen über den Neubau oder die Schließung von Bürgerhäusern oder die Ausweisung von Baugebieten müssen Bürger einbezogen werden können.

Die AfD betrachtet die kommunale Selbstverwaltung als ein wichtiges Instrument, zu dessen Verteidigung und Stärkung die Bürger aktiv und verantwortungsvoll beitragen können sollten. Auch bei Umbenennung von Straßen und Plätzen sind die Anwohner maßgeblich einzubeziehen.

Wir treten ein für kreative und mündige Bürger, die an der Zukunft ihres Kreises mitwirken. Dazu gehört neben Bürgerbegehren und der Nutzung von Veranstaltungsformaten wie Bürgerforen, in denen eine Willensbildung außerhalb der Parteien stattfinden kann, auch die Herstellung von mehr Transparenz durch die Direktübertragung von Rats- und Kreistagssitzungen.